

Statement

Auf die Frage nach meinem Rollenverständnis – ob ich Abgeordneter für Europa, für die Bundesrepublik Deutschland oder für das Land sei – antworte ich: Keine dieser möglichen Beschreibungen trifft mein Rollenverständnis. Weder bin ich Botschafter von „Europa“ (wer immer das sei) noch bin ich bezahlter Emissär der Bundes- oder Landesregierung. Die Europäische Union ist eine politische Entscheidungsebene wie die Kommune, das Land und der Bund. Für diese Entscheidungsebene bin ich als sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt und das bestimmt mein Rollenverständnis, genau wie in den zehn Jahren zuvor als Abgeordneter im Kreistag Soest. In der Praxis heißt das, dass ich bei der Gesetzgebung auf EU-Ebene Vorschläge unterstütze, die meinen Vorstellungen entsprechen, und solche Interessen aus meiner Region aufgreife und zur Geltung bringe, die mit sozialdemokratischen Prinzipien zur Deckung zu bringen sind.

Überhaupt ergibt sich die Frage: Wer ist eigentlich „das Land“? Aus meiner Perspektive jedenfalls nicht das, was ich hier in Düsseldorf auf dem Bierdeckel-Radius um das Stadttor versammelt. Aus meiner Perspektive ist „das Land“ der geographische Teil von NRW, den ich als mein Wahlkreis bezeichne. Es gibt zwar rechtlich keine Wahlkreise für Europaabgeordnete, aber wir Sozialdemokraten haben im Westlichen Westfalen vor ca. zehn Jahren die Regel eingeführt, dass nur ein/e Abgeordnete/r für einen geographisch klar abgegrenzten Bereich zuständig ist. In meinem Wahlkreis bin ich Ansprechpartner für die Interessen von Unternehmen, Gewerkschaften, Schulen und anderen Einrichtungen, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen. Meine beiden Mitarbeiterinnen im Wahlkreisbüro können sich nicht über zu wenig Arbeit beklagen. Einige Beispiele:

- Für ein Begegnungsprojekt sozial benachteiligter Jugendlicher habe ich geholfen, EU Gelder locker zu machen.
- Ich war Türöffner für ein Projekt der örtlichen Fachhochschule zum Energiemanagement.
- Als vor einigen Jahren bei der Beratung der EU-Verbrennungsrichtlinie durch die Einfügung bestimmter Grenzwerte es der Zementindustrie unmöglich gemacht worden wäre, für ihre Verbrennungsprozesse Müll einzusetzen, (alleinige Nachfrager wären dann die kommunalen Müllverbrennungsanlagen gewesen) habe ich die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament davon überzeugt, diese Grenzwerte wieder zu streichen. In meinem Wahlkreis ist ungefähr 1/3 der deutschen Zementindustrie angesiedelt.
- Obwohl Sozialversicherungssysteme keine EU Zuständigkeit sind, habe ich in Zusammenarbeit mit einem belgischen Kollegen mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine deutsche Witwe eines ehemaligen belgischen Militärangehörigen eine zuvor vom belgischen Staat gestrichene sog. „Zusatzrente“ weiter beziehen konnte.

Noch einmal zurück zu ihrer Frage nach „dem Land“: Alle diese Beispiele sind praktische Arbeit für „das Land“, aber in allen Fällen haben weder die Landesregierung noch ihre Ministerien etwas damit zu tun. Natürlich gibt es auch Fälle, in denen Mitglieder der Landesregierung uns NRW-Abgeordnete auf spezifische Interessen aufmerksam machen. Aber auch dort ist die Kategorie „das Land“ nicht eindeutig: Je nach der politischen Farbgebung einer Landesregierung werden SPD- oder CDU-Europaabgeordnete aus NRW möglicherweise anders auf derartiger Hinweise der Landesregierung reagieren. So habe ich z.B. im Industrieausschuss bei den beiden Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe die Tarifbindung durchgesetzt, wie sie im entsprechenden NRW Gesetz ebenfalls vorgeschrieben ist. Meine CDU-Kollegen haben das bekämpft. Letztlich kam im Plenum nur so etwas wie ein Waffenstillstand heraus, weil als Ergebnis der letzten Wahlen zum Europäischen

Parlament es nun mal mehr konservative als sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament gibt.

In der letzten Wahlperiode gab es sogar ausdrücklich einen Punkt wo ich auf die Meinung der sozialdemokratischen Landesregierung gepfiffen habe. Ich war damals medienpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und Haupttäter bei der Verankerung des Artikels 3 a in der europäischen Fernsehrichtlinie, die es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, herausragende Sportereignisse auf einer Liste mit gesetzlicher Wirkung dem frei empfangbaren Fernsehen vorzubehalten und so zu verhindern, dass sie ins Pay-TV abwandern. Hintergrund war damals u.a., dass Leo Kirch die Verwertungsrechte für die Fußballweltmeisterschaften 2002 und 2006 gekauft hatte. Nach dem zunächst die Landesregierung NRW die entsprechenden Initiativen im Europäischen Parlament unterstützt hatte, gab es anlässlich einer Ministerpräsidentenkonferenz eine Kehrtwende der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, nachdem insbesondere Herr Stoiber sich ehemant für seinen Freund Leo Kirch eingesetzt hatte. Da damals noch Bertelsmann Interessen im Pay-TV-Geschäft hatte, liegen bestimmte Schlussfolgerungen über die Kehrtwende der SPD-Ministerpräsidenten nahe. Ich habe den entsprechenden Artikel im Vermittlungsverfahren zwischen Parlament und Ministerrat trotzdem mit der niederländischen Ratspräsidentschaft ausgehandelt und mit Freude zugehört, wie 14 von 15 Mitgliedsstaaten im Ministerrat in dieser Frage Deutschland überstimmt haben. Als dann die Beteiligten des Vermittlungsverfahrens sich zu ihrer Schlusssitzung trafen, fragten mich einige ausländische Kollegen angesichts der Balgerei des deutschen EU-Botschafters mit dem Repräsentanten der Bundesländer um den Platz in der ersten Reihe nach dem Grund, worauf ich ihnen grinsend erklärte, das sei Förderalismus.

Auch nach der Rechtsgültigkeit der EU-Richtlinie haben die deutschen Bundesländer noch einmal versucht so zu tun, als sei für sie EU-Recht nicht maßgeblich und wollten die Fernsehrichtlinie zuerst mit einer sog. „freiwilligen Vereinbarung“ umgehen, in der nur das stand, was Leo Kirch ohnehin bereit war zuzugestehen. Darauf konnte ich die revolutionäre Potenz von „Bild am Sonntag“ nutzen und zu einem Massenaufstand aufrufen. Als erster änderte öffentlich ausgerechnet Herr Stoiber seine Meinung und erklärte sich zum besten Freund aller deutschen Fußballfans, worauf die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wieder einmal angeschmiert waren. Sowas soll öfter vorkommen, nicht nur in EU-Zusammenhängen.